Im Kampf um Syrien haben die Türkei und die USA in und um Aleppo neue Tatsachen geschaffen. Die Sharaa-Administration nahm mit Hilfe arabischer Stammeskämpfer und türkisch finanzierter Söldnermilizen die Stadtviertel Bani Zeid, Ashrafieh und Scheikh Maqsoud ein. Zehntausende Kurden wurden aus dem Stadtviertel Scheikh Maqsoud in Richtung des westlich gelegenen Afrin vertrieben. Kurdische Kämpfer wurden in Bussen nach Osten, vermutlich nach Hasakeh oder Qamishly geschafft. Christen, darunter viele Armenier, flohen aus ihrem Stadtteil Ashrafieh und suchten Zuflucht in Kirchen und bei ihren Familien in sicheren Stadtvierteln. Ein Bericht von **Karin Leukefeld**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260113-Neujahrswende-im-grossen-Syrien-Spiel-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Beim Einsatz schwerer Waffen durch die Sharaa-Allianz wurden Kliniken, Wohn- und Geschäftshäuser beschädigt und zerstört. Am Sonntag kamen zudem Drohnen zum Einsatz, die u.a. den Sitz des Gouverneurs von Aleppo trafen, ein Hochhaus im Zentrum der Stadt. Die Drohnen seien von Osten gekommen, so Augenzeugen. Die Herkunft blieb unklar. Die Versorgung mit Strom und Wasser in den betroffenen Stadtteilen von Aleppo ist außer Betrieb.

Hunderttausende aus Aleppo vertrieben

Erst kurz vor Weihnachten 2025 war es in Sheikh Maqsoud und Ashrafieh zwischen den kurdischen Sicherheitskräften Asayish und Kräften der Allgemeinen Sicherheit der Al-Sharaa-Administration zu Kämpfen gekommen. Die Lage sei „sehr schlecht“, berichtete damals ein Einwohner von Ashrafieh der Autorin. Es sei „wie 2012, als der Krieg hier in Aleppo begann“. Eine Mörsergranate sei unweit seiner Wohnung explodiert. Über das Fernsehen habe er später von einer Waffenruhe erfahren. Die Hintergründe der Kämpfe seien für ihn und seine Nachbarn unklar geblieben.

Am 6. Januar des neuen Jahres begannen die Kämpfe erneut. Alle waren überrascht, hatte es doch wenige Tage zuvor, am 4. Januar, ein Treffen zwischen der militärischen Leitung der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) und der Al-Sharaa-Administration in Damaskus gegeben. Mit dabei war der US-amerikanische Brigadegeneral Kevin J. Lambert als Beauftragter der von den USA angeführten Anti-IS-Allianz. Thema war, wie etliche Male

zuvor, die Integration der kurdisch geführten SDF-Einheiten in die neue Armee und unter die Kontrolle des neuen Verteidigungsministeriums. Die SDF fordert weitreichende Rechte im Nordosten des Landes und, dass die Vereinbarung in der Verfassung verankert werden solle. Für die Al-Sharaa-Administration ist das, selbst wenn es guten Willen gäbe, nicht umsetzbar. Die Gleichberechtigung der SDF-Kämpferinnen wird von den Dschihadisten der Al-Sharaa-Armee und mit ihr verbündeter Milizen kategorisch abgelehnt.

Im März 2025 hatten Al Sharaa und Mazlum Abdi, der SDF-Oberkommandierende, überraschend eine Acht-Punkte-Vereinbarung unterzeichnet, deren Einzelheiten noch ausgearbeitet werden sollten. Seitdem ziehen die Gespräche sich hin. Auch am 4. Januar ging man ohne Ergebnis, doch nicht im Streit auseinander, berichteten syrische Medien.

Die Kämpfe in Sheikh Maqsoud und Ashrafieh begannen, als eine Delegation der Al-Sharaa-Administration in Paris an Gesprächen mit Israel teilnahm. Thema war eine Art Sicherheitsabkommen, mit dem Israel weitreichende Zugeständnisse für seine Präsenz in Syrien festlegen wollte. Syrien verlangt die Einstellung der anhaltenden israelischen Angriffe und den Rückzug der israelischen Armee von syrischem Territorium. Sie sollen die syrischen Golanhöhen, syrische Dörfer und den Berg Hermon verlassen, den die arabische Bevölkerung der Region Jbeil Sheikh nennt, den Berg des Scheichs. Israel hat dort eine Militär- und Überwachungsstation der früheren syrischen Armee besetzt.

Es war die fünfte israelisch-syrische Gesprächsrunde, die auf Druck der USA zustande gekommen war. Gleichzeitig fand in Paris, am gleichen Ort, nur in einem anderen Raum, ein EU-Außenminister-Treffen in Sachen Ukraine statt. Der türkische Außenminister Hakan Fidan, der für die Türkei an den Ukraine-Gesprächen teilnahm, verfolgte parallel den Fortgang der Gespräche zwischen Israel und der syrischen Delegation, die vom syrischen Interimsaußenminister Asaad al-Shaibani geleitet wurde. Als bekannt wurde, dass ein israelisch-syrisches Abkommen beschlossen worden war, begannen bald darauf, wie aus dem Nichts, die Kämpfe im Norden von Aleppo.

Die Al-Sharaa-Administration beschuldigte Kämpfer der kurdisch geführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), den Kampf mit Artillerie- und Mörsergranatenbeschuss auf Wohngebiete begonnen zu haben. SDF weist diese Angaben zurück und macht Milizen, die mit der Administration in Damaskus verbündet seien, für einen „rücksichtslosen“ Beschuss mit Artillerie und Mörsergranaten verantwortlich.

Als drei Tage später, am 9. Januar, vom Verteidigungsministerium in Damaskus eine Waffenruhe verkündet wird, gibt es 22 Tote und 173 Verletzte. Nach offiziellen Angaben des Gouverneurs von Aleppo seien 140.000 Menschen aus Sheikh Maqsoud geflohen. Die

Evakuierung der kurdischen Bevölkerung gleicht eher einer Deportation. Die Zivilbevölkerung wird nach Westen Richtung Afrin geleitet. Andere finden sich in Rakka im Südosten von Aleppo wieder. Die überlebenden Angehörigen der kurdischen Sicherheitskräfte Asayish werden in Bussen mit großem Polizeiaufgebot nach Osten Richtung Hasakeh und Qamishly abtransportiert.

Unter den Toten von Sheikh Maqsoud befinden sich die beiden leitenden Polizeioffiziere der Asayish, wie von kurdischen Medien berichtet wird. Im ganzen Land und international aber wird eine kurze Videosequenz verbreitet, die von einem Kämpfer der Milizen, die in Sheikh Maqsoud einrückten, selbst aufgenommen und verbreitet wurde. Zu sehen sind Kämpfer, die vor einem weitgehend zerbombten mehrstöckigen Haus stehen. Im zweiten Stock des Hauses taucht in einer ausgebombten Fensterschlucht ein massiger Kämpfer auf. Er hebt eine schmale, kleine Gestalt hoch und zeigt sie wie eine Trophäe den Kämpfern am Boden. Es ist eine junge Frau in Uniform, offenbar Mitglied der Asayish, die er getötet hat. Die Kämpfer am Boden johlen und stimmen „Gott ist groß“-Rufe an, der Kämpfer schleudert die Tote aus dem zweiten Stock hinunter.

Im Auftrag der Türkei

Die Kämpfe in Aleppo seien von der Türkei gesteuert worden, in Absprache mit den USA, sind sich Augenzeugen und Bewohner der betroffenen Stadtteile sicher. Manche der Kämpfer, die in arabischen Nachrichtensendern zu sehen waren, trugen auf ihrer Uniform Abzeichen des „Islamischen Staates“. Die Armee der Al-Sharaa-Administration sei zunächst im Hintergrund geblieben, berichtet T., ein langjähriger Bekannter, im Telefonat mit der Autorin. Milizen hätten den Angriff auf Sheikh Maqsoud gestartet. Der Gesprächspartner hatte schon 2012 beobachtet, wie der Krieg in Aleppo begann, und er sieht genau hin. Die Armee aus Damaskus habe den Angriff in gewisser Weise abgesichert, vorgerückt seien die Milizen. „Jeder in Aleppo“ wisse von „Amshat“ und „Hamzat“, zwei Milizen, die für Morde an Kurden in Afrin, Aleppo und östlich von Aleppo verantwortlich seien. „Sie sind blutrünstig, niemand kann sie kontrollieren. Sie werden von der Türkei bezahlt.“

Seit August 2023 stehen sowohl die Sultan-Suleiman-Shah-Division, aus der Amshat hervorgegangen ist, als auch die Hamza-Division (Hamzat) auf der Sanktionsliste der US-Administration. Beiden werden Entführungen, schwere körperliche Misshandlungen und Vergewaltigungen vorgeworfen. Im Mai 2025 setzte auch die Europäische Union Amshat und Hamzat auf ihre Sanktionsliste. Sie wirft ihnen die Beteiligung an den Massakern an den syrischen Alawiten im März 2025 vor.

In einer im September 2025 veröffentlichten Untersuchung der US-amerikanischen

Jamestown-Stiftung heißt es, beide Milizen hätten „direkte finanzielle und logistische Beziehungen zur Türkei“ und dienten den „strategischen Interessen Ankaras“, das sie „als Stellvertreterarmee im Ausland“, d. h. als Söldner, einsetze. Zudem gebe es „Beweise, dass sie an den Massakern an alawitischen und drusischen Zivilisten im März und Juli (2025) beteiligt“ gewesen seien.

Die Amshat- und Hamzat-Milizen wurden im Kampf um Sheikh Maqsoud, Bani Zeid und Ashrafieh schließlich auch von Einheiten der Al-Sharaa-Armee aus Damaskus unterstützt, so Beobachter. Dafür spreche auch der Einsatz schwerer Waffen und Artillerie, die in den Stadtteilen für Verwüstung sorgten.

Ziel des von der Türkei gesteuerten Angriffs sei die Vertreibung der Kurden aus Aleppo, so ein ehemaliger Kriegsberichterstatter und Analyst (in Beirut) im Gespräch mit der Autorin. Nach der Machtübernahme durch Al Sharaa und HTS Anfang Dezember 2024 hätten die USA den SDF-Kräften noch zugesagt, 8.000 Kämpferinnen und Kämpfer in Sheikh Maqsoud und Nordaleppo zu belassen. Nach wiederholten Spannungen zwischen den kurdischen Kräften und dschihadistischen HTS-Einheiten hätten die SDF auf Druck der USA schließlich bis auf die polizeiähnlichen kurdischen Sicherheitskräfte Asayish ihre Kampfverbände aus der Stadt abgezogen. Die Zivilbevölkerung und die kurdischen Asayish seien dem Angriff weitgehend schutzlos ausgeliefert gewesen.

Die Kurden in Sheikh Maqsoud seien weder militärisch noch logistisch in der Lage gewesen, dem Angriff standzuhalten. Nachschub hätte aus dem rund 60 Kilometer entfernt liegenden SDF-Stützpunkt Deir Hafar gebracht werden müssen. Allerdings hatten die bewaffneten Kräfte der Al-Sharaa-Allianz das Gebiet zwischen Deir Hafar und Aleppo zur militärischen Sperrzone erklärt, wie Bewohner der dort gelegenen Stadt Safireh berichteten.

Unsichere Zukunft

Den schwersten Schlag erhielt die kurdische Seite von eigenen Verbündeten, so der Analyst im Gespräch mit der Autorin. Die USA ließen die Türkei gewähren und Kampfverbände arabischer Stämme, die den SDF eingegliedert waren, hätten die Seite gewechselt. Sie öffneten den Amshat- und Hamzat-Milizen und der bewaffneten Al-Sharaa-Allianz in Aleppo den Zugang zu Sheikh Maqsoud, Bani Zeid und Ashrafieh. Immerhin kam es nicht zu Massakern wie an den Drusen im Sommer letzten Jahres oder an den Alawiten im März 2025.

Die Türkei wollte mit dem Angriff auf die Kurden in Aleppo ihren Einfluss auf die Al-Sharaa-Administration und ihren Anspruch auf die Kontrolle Nordsyriens unterstreichen. Der

Zeitpunkt dieser Machtdemonstration stand in direktem Zusammenhang zu der syrisch-israelischen Vereinbarung in Paris, mit der Israel seinen Einfluss südlich von Damaskus unterstreicht, was die Türkei ablehnt. Mit der Vertreibung der militärischen und zivilen kurdischen Präsenz aus Aleppo werden die Kurden und damit auch ihr Projekt eines syrischen Föderalstaates geschwächt. Potenzielle Partner wie Drusen und Alawiten, die sich den kurdischen Forderungen nach einer syrischen Föderation zuletzt angeschlossen hatten, dürften sich zukünftig zurückhalten.

Ähnlich, wie die Kurden von den USA und aus den eigenen Reihen von den arabischen Mitkämpfern verraten wurden, steht auch ein mögliches Bündnis zwischen Israel und den Alawiten unter Druck. Anfang des Jahres hatte der katarische Nachrichtensender *Al Jazeera* über abgehörte Telefongespräche berichtet, in denen ehemalige alawitische Militär- und Sicherheitsoffiziere sich offenbar mit israelischen Vermittlern abgesprochen hätten. Dabei soll es um die militärische Koordination zum Sturz der Al-Sharaa-Administration in Damaskus gegangen sein, so *Al Jazeera*. Die vollständigen Aufzeichnungen – die von einem unbekannten Geheimdienst stammen und dem katarischen Sender zugespielt worden sein müssen – werden demnach noch ausgewertet und sollen Mitte Januar in Gänze veröffentlicht werden.

Der Machtkampf geht weiter

Israel, das sich als Schutzmacht einer syrischen Föderation von Drusen, Kurden und Alawiten mehr Einfluss verschaffen und jede Zentralmacht in Damaskus schwächen will, wurde nun von der Türkei in Aleppo ausgebootet. Aus US-Perspektive befinden sich Israel und die Türkei in ihrem Kampf um Syrien in einer Art Gleichgewicht. Mit der Vertreibung der Kurden aus Aleppo hat die Türkei israelische Interessen geschwächt. Das Projekt eines Föderalstaates Syrien ist vorerst gestoppt. Israel wiederum hat mit dem Abkommen von Paris gegenüber der Al-Sharaa-Administration einen Sieg errungen. Israel wird den Süden Syriens weiter kontrollieren und dort bleiben, während die syrische Administration sich verpflichtet hat, in einem Kontrollmechanismus mit Sitz in der jordanischen Hauptstadt Amman jedes Anliegen mit Israel dort verhandeln zu müssen. Die Al-Sharaa-Administration wird offiziell als Sieger dargestellt und scheint gestärkt.

EU-Kommission verspricht Geld

Das sollte offenbar auch der Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Antonio Costa in Damaskus signalisieren. Beide Politiker trafen just zu dem Zeitpunkt mit Al Sharaa zusammen, als die Kurden aus Aleppo abtransportiert wurden. Die Begegnung fand im „Palast des Volkes“ statt, wie der Präsidentenpalast heißt,

seit er 1990 in der Amtszeit von Hafez al Assad auf einer Anhöhe hoch über Damaskus geöffnet wurde.

Zwischen der EU und Syrien sollten „neue bilaterale Beziehungen“ entstehen, die auf „drei Säulen“ basieren, heißt es in einer Presseerklärung von der Leyens nach dem Besuch:

1. Ein friedlicher und inklusiver Übergang und Versöhnung in Syrien und Syriens Reintegration in die Region;
2. Erweiterter Handel und wirtschaftliche Kooperation auch im Rahmen des „Pakt für den Mittelmeerraum“. Dafür werde für 2026/27 ein Finanzpaket in Aussicht gestellt, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Erholung, Wiederaufbau und private Investitionen zu ermöglichen.
3. Finanzielle Unterstützung in Höhe von rund 620 Millionen Euro solle es 2026/27 geben, einschließlich humanitärer Hilfe, Soforthilfe für den Wiederaufbau und bilateraler Unterstützung.

Die Interessen der USA

Der jüngste Krieg um Aleppo zeigt, wer die wahren Akteure in Syrien sind: Die Türkei und Israel ringen im militärischen Einsatz von Stellvertretern in Syrien um Macht und Einfluss und um den Zugriff auf die syrischen Ressourcen. Israel nutzt dabei Forderungen und Ängste der Alawiten, Drusen, Kurden und präsentiert sich als deren Schutzmacht. Die Türkei nutzt die Sharaa-Administration und deren Armee sowie dschihadistische Söldner und arabische Stammesverbände, um die Stellvertreter Israels und seine Interessen in Syrien zurückzudrängen. Die USA schweben scheinbar über dem Geschehen und schwächen damit alle Akteure, die sich, ihre Bevölkerung und ihre Länder in den Kämpfen verausgaben.

Die Al-Sharaa-Administration steht innen- und außenpolitisch unter Druck. Die Erwartungen der Bevölkerung sind groß, doch schwerwiegender sind die Erwartungen jener Staaten, die als „Königsmacher“ Al Sharaa finanziert und in den syrischen Präsidentenpalast gehievt haben. Sie haben Vorrang und müssen zuerst bedient werden. Wie in allen geopolitischen Konflikten und Kriegen, die der Mittlere Osten seit Jahrzehnten durchlebt, wiegen die Rechte und Forderungen der Zivilbevölkerung nichts gegenüber den Interessen und Forderungen der regionalen und internationalen Akteure. Die Partnerschaft mit Israel hat für die USA höchste Priorität. Gemeinsam bereitet man sich auf den nächsten Angriff gegen den Iran vor. Syrien soll im Krieg gegen den angeblichen Terror in der Region, für den die Islamische Republik verantwortlich sein soll, vorgelagerte Startrampe werden.

Titelbild: klenger/shutterstock.com